

## Wahlprüfsteine Aids-Hilfe BW

*Frage 1: Wie positioniert sich Ihre Partei zu den Themen Diskriminierung und Rassismus gesellschaftlicher Gruppen in Zusammenhang mit chronischen Infektionen und geschlechtlicher Identität sowie sexueller Orientierung? Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen diese Form der Diskriminierung in Baden-Württemberg ergreifen?*

Extremismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Rassismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des respektvollen Miteinanders geht zwingend einher mit der Bekämpfung von Extremismus und Diskriminierung – sei es im Netz oder in der realen Welt. Deshalb werden wir in einem Landesaktionsplan gegen Extremismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Rassismus Maßnahmen und Angebote des Landes bündeln und mit den relevanten Akteuren weiterentwickeln. Dazu gehört selbstverständlich auch die Aidshilfe. Besondere Schwerpunkte werden für uns dabei die Prävention, Sensibilisierung und Vernetzung von Projekten, aber auch die ganz konkrete Unterstützung der Betroffenen sein.

*Frage 2: Treten Sie dafür ein, dass das Land Baden-Württemberg diese wichtige Integrations- und Aufklärungsaufgabe der Aidshilfen finanziell unterstützt und wenn ja, in welcher Höhe?*

*Frage 20: In der kommenden Legislaturperiode werden viele Kommunen ihre Förderungen reduzieren und eine Finanzierungslücke in den Aidshilfen hinterlassen. Treten Sie dafür ein, dass das Land Baden-Württemberg dauerhaft und planungssicher in die Grundfinanzierung der Checkpoints einsteigt und damit die Prävention unterstützt und die Verringerung der Neuinfektionen von HIV/STI – und wenn ja, in welcher Form und Höhe?*

*Frage 24: Werden auch zukünftig freiwillige Leistungen an die Aidshilfen in Baden-Württemberg gezahlt?*

*Frage 25: Inwiefern wird sich Ihre Partei für die nachhaltige Finanzierung der Aidshilfearbeit in Baden-Württemberg einsetzen?*

*Frage 26: Inwiefern wird sich Ihre Partei für die Finanzierung zielgruppenspezifischer Präventionsmaßnahmen einsetzen?*

Frage 2, 20, 24, 25, 26:

Die AIDS-Hilfen in Baden-Württemberg erfüllen eine wichtige Aufgabe in der Beratung von Betroffenen und in der Aufklärungsarbeit. Diese konsequente Aufklärung braucht in finanzieller Hinsicht Planungssicherheit. Als CDU stehen wir

für einen flächendeckende, leistungsstarke und qualitativ gut aufgestellte AIDS-Hilfe in Baden-Württemberg damit sie auch weiterhin neben ihrer Beratung und Betreuung, auch der Prävention, Checkpoints sowie Maßnahmen zur Qualitätssicherung oder Fortbildung der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachkommen kann.

*Frage 3: Wie ist Ihre Meinung zur Erweiterung des Artikel 3 Grundgesetz um das Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller und geschlechtlicher Identität?*

Für uns ist die Gleichbehandlung aller Menschen selbstverständlich. Wir lehnen daher auch jede Form der Diskriminierung ab. Die Gleichbehandlung aller Menschen ist im allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 Grundgesetz festgeschrieben. In Art. 2 Absatz 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg wird zudem klargestellt, dass die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte Bestandteil dieser Verfassung und unmittelbar geltendes Recht sind. Auch wird die Gleichbehandlung in vielen Einzelgesetzen und -normen, wie beispielsweise dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz für die verschiedenen Rechtsbeziehungen konkretisiert.

*Frage 4: Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei zu einer Verbesserung der Präventions- und Behandlungsangebote für die sexuelle Gesundheit von Migrant\*innen in Baden-Württemberg beitragen?*

Die CDU unterstützt HIV- und AIDS-Präventionsmaßnahmen für alle Menschen, die in Deutschland und Baden-Württemberg leben, unabhängig von ihrem kulturellen Hintergrund. Dafür sind Informationen über Präventions- und Beratungsangeboten in der Versorgung unerlässlich. Modellhafte Projekte können dabei zu themen- und zielgruppenspezifischen Präventionsmaßnahmen weiterentwickelt werden.

*Frage 5: Wie will Ihre Partei die gesundheitliche Versorgung von Migrant\*innen ohne ausreichenden Versicherungsschutz in Baden-Württemberg sicherstellen?*

Menschen mit Migrationshintergrund sind auch eine der Zielgruppe der gesetzlichen Krankenkassen, die mit Leistungen einen wesentlichen Beitrag zur primären Prävention und Gesundheitsförderung leisten.

*Frage 6: Inwiefern wird Ihre Partei dazu beitragen, der Bevölkerung in Baden-Württemberg ein modernes Bild vom Leben mit HIV zu vermitteln?*

Gemeinsam mit den Aidshilfen, Arztpraxen und Gesundheitsämtern wollen wir weiter daran arbeiten, Beratungs- und Testangebote bekannter zu machen und

weiterzuentwickeln. Information ist der Grundstein für die Vermittlung eines modernen Bildes vom Leben und Umgang mit HIV.

*Frage 7: Welche Ideen haben Sie, Menschen mit HIV zukünftig besser vor Diskriminierung zu schützen (bspw. durch einen vereinfachten Klageweg)?*

Eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des respektvollen Miteinanders geht zwingend einher mit der Bekämpfung jeder Form von Diskriminierung. Deshalb werden wir in einem Landesaktionsplan gegen Extremismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Rassismus Maßnahmen und Angebote des Landes bündeln und mit den relevanten Akteuren weiterentwickeln. Besondere Schwerpunkte werden für uns dabei die Prävention, Sensibilisierung und Vernetzung von Projekten, aber auch die ganz konkrete Unterstützung der Betroffenen sein.

*Frage 8: Wie wird Ihre Partei eine diskriminierungsfreie Behandlung durch Ärzt\*innen und medizinisches Personal in Praxen, Krankenhäusern und Rehakliniken in Baden-Württemberg gewährleisten?*

*Frage 9: Inwiefern wird Ihre Partei zur diskriminierungsfreien Pflege von Menschen mit HIV in Baden-Württemberg beitragen?*

Frage 8 und 9 werden zusammen beantwortet:

Eine gute medizinische und zahnmedizinische sowie pflegerische Versorgung gehört für uns zu den Kernaufgaben der Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass jeder im Land genau die medizinische und pflegerische Unterstützung erhält, die er konkret benötigt. Dabei darf es auch zu keinerlei Diskriminierung kommen.

*Frage 10: Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei das Personal im Gesundheitssystem und in Pflegeberufen auf die steigende Zahl älter werdender Menschen mit HIV vorbereiten?*

Pflegekräfte, das Personal in Krankenhäusern und bei sozialen Diensten bedürfen insgesamt unserer Unterstützung. Um dem Fachkräftemangel dauerhaft entgegenzuwirken, wollen wir mit einem neu zu schaffenden landesweiten Leitbild „Gesunde Berufe“ Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Ausbildung ergreifen.

*Frage 11: Wie stehen Sie der grundsätzlichen Ablehnung von HIV-positiven Bewerber\*innen für den Polizeidienst gegenüber? Wird Ihre Partei sich gegen diese Diskriminierung einsetzen?*

Wir nehmen keine grundsätzliche Ablehnung von HIV-positiven Bewerberinnen oder Bewerbern bei der Polizei in Baden-Württemberg wahr. Den pauschalen Vorwürfen der Diskriminierung gegenüber der Polizei treten wir klar entgegen – diese

politische Diskussion schwächt die Polizei in ihrer so wichtigen Funktion zur Gewährleistung der Sicherheit im Land.

*Frage 12: Welche Maßnahmen sind angedacht, um die weltweiten Ziele 90-90-90-0 in naher Zukunft vollständig umzusetzen?*

Wir wollen gemeinsam mit den Aidshilfen, Arztpraxen und Gesundheitsämtern daran arbeiten, das Beratungs- und Testangebote bekannter zu machen und weiterzuentwickeln. Information zum Leben und Umgang mit HIV ist ein wesentlicher Schlüssel zur Erreichung dieser Ziele.

*Frage 13: Für welche Drogenpolitik steht Ihre Partei und welche Maßnahmen planen Sie?*

Sucht und Abhängigkeitserkrankungen sind gesamtgesellschaftliche Herausforderungen. Deshalb verfolgen wir mit unserer Drogenpolitik einen integrativen Ansatz, der Prävention, Beratung, Behandlung und Strafverfolgung.

*Frage 14: Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, inhaftierten Menschen in Baden-Württemberg saubere Spritzen und Injektionszubehör zugänglich zu machen?*

*Frage 15: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei darüber hinaus ergreifen, um effektive HIV- und STI-Prävention in Haftanstalten umzusetzen?*

Fragen 14 und 15 werden zusammen beantwortet:

Im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung ist die Prävalenz von Infektionen bei Gefangenen höher. Im Hinblick auf die Behandlung von Infektionskrankheiten besteht im Justizvollzug jedoch die Möglichkeit, die Gesundheit einer sonst üblicherweise schlecht erreichbaren Bevölkerungsgruppe zu fördern. Die Prävention, die Identifizierung und die frühzeitige Behandlung von infizierten Gefangenen können daher die Belastung durch diese Krankheiten reduzieren. Sie leisten zudem einen wichtigen Beitrag im Rahmen der Resozialisierung und tragen dazu bei, dass nach der Entlassung die Verbreitung unter der Bevölkerung verringert wird.

Im Hinblick auf die zunehmende Relevanz von Infektionskrankheiten im Vollzug wurde die Thematik auch im Rahmen der so genannten "Expertenkommission Medizinkonzept" (kurz: Expertenkommission) aufgegriffen

Soweit im Hinblick auf die in der Gefängnispopulation bestehende hohe Abhängigkeit von illegalen Substanzen – aus fachlichen Kreisen vereinzelt auf so genannte Nadel-und Spritzenaustauschprogramme hingewiesen wird, kommt dies unter Sicherheitsaspekten **nicht** in Betracht, da die Gefahr besteht, dass Spritzen als Waffen sowohl gegen Vollzugsbedienstete als auch gegen Mitgefangene

eingesetzt werden können. Insoweit ist vielmehr – wie von der Expertenkommission ebenfalls in verschiedenen Empfehlung festgehalten – Wert auf eine weitere Verbesserung der Suchtbehandlung im Justizvollzug unter kontrollierten Bedingungen zu legen.

*Frage 16: Wie steht ihre Partei zu einem Sexkaufverbot?*

Unser Ziel ist klar: Frauen zu schützen. Das können wir aber nur erreichen, wenn wir die Prostituierten nicht aus dem Hell- ins Dunkelfeld verdrängen, wo sie der Zuhälterei und dem Menschenhandel unterworfen sind und sie in die Illegalität zurückgedrängt werden. Mit dem Sexkaufverbot soll nur der Kauf sexueller Dienstleistungen unter Strafe gestellt werden, nicht aber ihr Angebot. Vielmehr müssen wir eine Lösung anstreben, die das Beste für die Menschen, die in der Prostitution tätig sind und ihren Schutz erreichen kann. Dazu zählen die effektive Bekämpfung von Kriminalität in der Prostitution wie Menschenhandel, Gewalt gegen Prostituierte sowie Ausbeutung, Menschenhandel und Zuhälterei.

*Frage 17: Welche Maßnahmen wird ihre Partei ergreifen, um die Lebens- und Arbeitssituationen von Sexarbeiter\*innen zu verbessern?*

*Frage 19: Inwieweit wird die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in Krisenzeiten, wie der Coronapandemie, gewährleistet?*

Antwort zu 17 u. 19

Mit dem Prostitutionsschutzgesetz wurden erstmals umfassende Rechte und Pflichten für Betreiber im Prostitutionsgewerbe eingeführt. Dazu gehören eine Erlaubnispflicht für das Prostitutionsgewerbe, Hygiene- und Sicherheitsvorschriften für Bordelle und die Überprüfung von Personen, die ein solches Gewerbe betreiben wollen. Darüber hinaus wurde auch eine Anmeldepflicht für Prostituierte eingeführt, die eine Beratung über Hilfsangebote, Rechte und Pflichten und eine Gesundheitsberatung umfasst. Auch konnte der strafrechtliche Schutz auf Bundesebene vor Menschenhandel und Zwangsprostitution verbessert werden. Unser Ziel muss aber ein noch wirksamerer Schutz für Prostituierte sein. Wir sehen dabei den Staat und die Gesellschaft in der Verantwortung, die betroffenen Personen vor körperlichen und seelischen Schäden zu schützen. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat hierzu kürzlich auch ein Positionspapier veröffentlicht, in welchem sich die Fraktion für ein Verbot der Prostitution von Heranwachsenden unter 21 Jahren ausspricht. Klar ist auch, dass es mehr intensive und effektive Kontrollen braucht, um die Einhaltung des Prostituiertenschutzgesetzes zu kontrollieren. Als CDU ist es uns wichtig, während die Corona-Pandemie die bestehende Beratungsstruktur im Land zu stabilisieren und gleichzeitig das Angebot im Land für Hilfesuchende noch zu erweitern.

*Frage 18: Wird ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg ein flächendeckendes Beratungsangebot für Menschen in der Sexarbeit finanziert wird?*

Unser Ziel muss es sein, den Bereich der Prävention künftig noch weiter zu stärken und den Ausstieg aus der Prostitution durch umfassende Beratungs- und Hilfsangebote bestmöglich zu unterstützen. Dazu braucht es neben Präventionsprogramme, die auch in der Fläche wirken auch Aufklärungskampagnen.

*Frage 21: Wie wichtig ist Ihnen das kostenlose und anonyme Testangebot auf HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten an den Gesundheitsämtern im Land? Wird dieses Angebot weiterhin bestehen bleiben?*

Ein flächendeckendes Angebot für anonyme HIV-Beratungen und Tests ist Grundvoraussetzung für eine frühzeitige Diagnose einer HIV-Infektion. Dieses niederschwellige Angebot gilt es zu erhalten.

*Frage 22: Unter den Corona-Bedingungen sind die Gesundheitsämter überlastet und es wurde in vielen Ämtern eine Testung auf HIV und andere STI eingestellt oder stark reduziert. Welche Maßnahmen werden hierzu ergriffen, damit die Menschen ihren Status kennen und ggf. schnellst möglich in Behandlung kommen und nicht die Zahlen „nach Corona“ stark ansteigen?*

Die CDU steht für eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der allen seinen Aufgaben gerecht werden kann.

*Frage 23: Was kann Ihrer Meinung nach getan werden, um eine zeitgemäße, diverse Sexualaufklärung flächendeckend für alle Schüler\*innen zu implementieren?*

Für die CDU ist es selbstverständlich, dass Kinder und Jugendliche Wertschätzung, Respekt und Toleranz in der Schule vermittelt bekommen. Dazu gehört auch die Wertschätzung von Verschiedenheiten: Dazu leisten die in den Bildungsplänen verankerten Leitperspektiven fächerübergreifend einen wichtigen Beitrag - Bereits in der Grundschule.